

Fragen Jugendring

Themenkomplexe

1. Jugend im öffentlichen Raum

Insbesondere in der Corona Krise wurde deutlich, dass häufig ein defizitäres und problematisiertes Verständnis von Jugend in einigen Medien und der öffentlichen Wahrnehmung gezeichnet wurde. Jugend wurde hier häufig als leichtsinnig oder unverantwortlich charakterisiert. Gleichzeitig mussten insbesondere junge Menschen auf vieles Verzichteten und leiden in besonderem Maße unter der Krisensituation. Das gezeichnete Bild von Jugendlichen wirkt jedoch auch im gesellschaftspolitischen Raum. Häufig wird von einem „Generationenkonflikt“ gesprochen. Öffentliche Flächen werden für Jugendliche immer mehr eingeschränkt und Jugendliche sanktioniert. Der Jugendring DA setzt sich seit jeher für ein positives Bild und passende Angebote von und für Jugendliche im öffentlichen Raum ein. Daher möchten wir gerne von Ihnen wissen:

- Wie kann und soll der Bund Kommunen unterstützen um Angebote für Jugendliche im öffentlichen Raum zu schaffen und welche Angebote betrachten Sie als sinnvoll?

Vollkommen zu Recht machen Jugendliche aktuell klar, dass sie die Generation war, die in der Krise sehr stark einstecken musste, Solidarität gezeigt hat - in der Politik und ihren Leitlinien aber kaum eine Rolle spielte, vor, in und nach der Krise. Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere **öffentlichen und sozialen Orte** – **sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders** werden. Dabei nehmen Jugendliche und ihre Bedürfnisse bei uns GRÜNEN bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung eine besondere Rolle ein. Wir wollen die Kommunen vor allen Dingen finanziell dabei unterstützen, Freiräume und Begegnungsorte wie Jugendzentren, Skateparks etc. aufzubauen – wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die **Jugendlichen vor Ort bei der Planung und Gestaltung mitbestimmen** können.

In Darmstadt setzen wir uns für barrierefreie, kostenlose und attraktive Angebote im Sozialraum ein. Wir werden in Kranichstein, Eberstadt und im Pallaswiesen-/Mornewegviertel (Pa*Mo) Calisthenik-Parks aufbauen, die gemeinsam mit den Jugendlichen geplant werden. Weiterhin wollen wir die Sport- und Work-out-Geräte im Bürgerpark sanieren, instand halten und ähnliche an den Woogsdamm bringen. Außerdem werden wir den Aufbau von BMX-, Skate- und Pump-Track-Anlagen in den Stadtteilen forciert angehen. Daneben braucht es Freiräume für Entfaltung und die Entwicklung und das Ausleben von Subkulturen, daher wollen wir u.a. die legale GraffitiSzene an freigegebenen Flächen und die Jugendkulturarbeit zum Beispiel in der Oetinger Villa stärken. Um den öffentlichen Raum für Jugendliche ohne Sanktionen zugänglich zu machen, wollen wir außerdem prüfen, ob es Flächen gibt, auf denen Events unterschiedlichster Art oder Partys legal organisiert werden können und ob auf diesen auch Outdoor-DJ-Pults installiert werden können.

Mit dem VIPeers Projekt sind junge Menschen in den Parks unterwegs um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und über das Miteinander auf öffentlichen Flächen zu sprechen. Dies dient vor allem dazu, dass es keine Einschränkungen für junge Menschen geben soll, es ist klare politische Haltung in Darmstadt, dass die öffentlichen Flächen für alle

da sind, also auch für Kinder und Jugendliche. Maßnahmen, wie in der Orangerie wurden aufgrund von Eskalationen ergriffen aber im Laufe des Sommers sukzessive zurückgefahren, die Ansprache der Jugendlichen durch mobile Jugendarbeit und VIPeers war sehr gut und wirkungsvoll.

- Welche Maßnahmen sollte ihrer Meinung nach der Bund in Angriff nehmen um Jugendliche in der öffentlichen Wahrnehmung angemessen zu repräsentieren?

Ganz klar ist: Mit uns Grünen wird **Kinder- und Jugendpolitik und -beteiligung zur Chefsache** und steht im **Mittelpunkt grüner Politik**. Dies gilt nicht nur, aber auch gerade nach der Pandemie. Deswegen ist es auch richtig, dass sich immer mehr Kinder und Jugendliche politisch einmischen und verlangen, dass ihre Anliegen wahrgenommen werden. **Wenn Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester**. Dafür braucht es Beteiligungsformate auf kommunaler Ebene, die der Bund unterstützen soll, mit Bürger*innenräten schaffen wir aber auch die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagserfahrung von Bürger*innen in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Dabei wollen wir auch Jugendliche ab 16 Jahren beteiligen.

Ein weiterer Ansatzpunkt sind aber auch eine verfassungsrechtliche Verankerung und eine gesetzliche Stärkung von Kindern und Jugendlichen: Starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention müssen ins Grundgesetz! Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir Kinder und Jugendliche beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

In Darmstadt werden wir uns gezielt und fokussiert für eine bessere und breitere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Gemeinsam mit jungen Menschen wird es einen Prozess geben, der vom Jugendbildungswerk geleitet und mit dem Büro der Bürgerbeauftragten abgestimmt wird, um passgenaue Beteiligungsformate für die diversen Zielgruppen zu erarbeiten. Dabei wird gerne auch der Jugendring eingebunden.

2. Politische Vertretung von/ für Jugendliche

Politische Beteiligung ist auf kommunaler und auf Bundesebene ein Grundanliegen der Jugendringe. Die Jugendverbandsarbeit und Jugendprotestbewegungen zeigen immer wieder, dass junge Menschen Politik betreiben können und wollen. Strukturell werden sie nach wie vor systematisch benachteiligt und in nur sehr geringem Maße berücksichtigt, was sich unter anderem am Wahlalter, der Altersstruktur der Parlamente aber auch Beteiligungsstrukturen auf allen politischen Ebenen zeigt.

- Wie stehen Sie zur Senkung des Wahlalters und welche Maßnahmen wollen Sie nach der Wahl auf Bundesebene anregen/ergreifen?

Wir GRÜNE wollen ein **Jugendwahlrecht einführen**. Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom Kindes- bis ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer. Um möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung schmieden zu können, wollen wir das **Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken**. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

In Hessen und aus Darmstadt heraus setzen wir uns aber natürlich auch für ein Jugendwahlrecht bei Landtags- und Kommunalwahlen ein.

- Welche konkreten und verbindlichen Beteiligungsstrukturen für Jugendliche halten Sie für angemessen und notwendig? (z.B. Rederecht/Antragsrecht in politischen Gremien, Jugendparlamente oder Foren)

Wir wollen, dass junge Menschen ihre Ideen und Rechte wirksam einbringen bzw. einfordern können, deswegen wollen wir **niedrigschwellige Beteiligungsgremien** wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Als Fundament braucht es daneben eine verlässliche, finanziell gut ausgestattete Unterstützung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung.

Das gilt auch für GRÜNE Politik vor Ort: Am Ende sollen Kinder und Jugendliche den Prozess gestalten und entscheiden, welche Beteiligungsstrukturen – dezentral, zentral, Rederecht/Antragsrechte, Jugendparlament oder Jugendforum – für sie am besten unter den Voraussetzungen von Inklusion, Integration, Diversität, Zusammenhalt und Vielfalt am besten funktionieren.

3. Politische Selbstbestimmung von Jugendlichen

Damit Jugendliche sich in ihrer politischen Verantwortung Selbstwahrnehmen können benötigt es Räume in denen sie selbstbestimmt und selbstverwaltet agieren können. Jugendverbände setzen etwa auf Jugendvorstände und selbstorganisierte Aktivitäten innerhalb der Verbände.

- Wie stehen sie zu selbstverwalteten Orten von und für Jugendliche und welche Gestaltungsmöglichkeiten möchten Sie als Bundestagsabgeordnete*r nutzen?

Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können und dafür braucht es natürlich und dringend sichere Lernorte und Freiräume, die sie am besten mitplanen und -gestalten und auch selbst verwalten können. Genau dafür werde ich mich als Bundestagsabgeordnete auch einsetzen. Ein Schwerpunkt wird dabei natürlich die Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

- Wie stehen Sie zu einem niedrigschwelligen Budget für Jugendliche, dass diese selbstbestimmt für ihre Mitbestimmung verwenden können und wie genau sollte es ausgestaltet sein?

In Darmstadt zum Beispiel sieht der Haushalt jetzt schon Finanzposten für Kinder- und Jugendarbeit vor. Im Rahmen der Entwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligungsformaten muss aber natürlich über Finanzen und deren Verwaltung nochmal diskutiert und auch dort Mitgestaltung und Mitbestimmung von Kindern- und Jugendlichen gestärkt werden.

4. Jugendverbände

Jugendverbände organisieren in Deutschland einen großen Teil der Freizeitangebote wie auch politische und pädagogische Maßnahmen im Bereich der außerschulischen Bildung für Kinder und Jugendliche. Insbesondere in der Corona--Krise wurde deutlich, dass der Fokus jedoch kaum auf die Verbände und ihre wichtige Bedeutung gelegt wurde.

- Welche Bedeutung nehmen Jugendverbände ihrer Wahrnehmung nach auf Bundesebene ein und wie wollen sie eine strukturelle Beteiligung an Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen umsetzen?

Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle und damit auch die Jugendverbände. Darum wollen wir die **Jugendverbände mit einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen** stärken.

Grundsätzlich treten wir GRÜNE für eine Stärkung, Modernisierung und Vertiefung der Mitbestimmungsrechte von Kindern- und Jugendlichen und ihren Interessenvertretung ein. Das gilt neben der wichtigen Arbeit der Jugendverbände zum Beispiel im Rahmen der Ausbildung. Hier wollen wir zum Beispiel die Jugend- und Ausbildungsvertretungen stärken.

- Wie soll eine sichere Finanzplanung und Förderung von Verbandsstrukturen ihrer Wahrnehmung nach aussehen?

Auch hier ist es wichtig, die Finanzierung von Bundes- über Landes- auf kommunaler Ebene zu sichern. Da in den Verbänden so viele unterschiedliche Gruppierungen organisiert sind, ist eine gute Struktur mit einem Finanzbudget auf allen Ebenen sinnvoll, der Landesjugendring wird ja über das Land Hessen gefördert. In Darmstadt werden Finanzmittel unter Beteiligung des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses Kinder- und Jugendarbeit verteilt und so transparent entschieden.

Die finanzielle Unterstützung durch die Stadt der hauptamtlichen Stelle im Jugendring Darmstadt trägt auch zu einer Förderung bei, denn über die hauptamtliche Stelle und die Bereitstellung von Räumlichkeiten werden die jungen Menschen inhaltlich unterstützt und der Vorstand organisatorisch gut begleitet.

5. Digitalisierung und Zukunft

Jugend und Jugendverbände müssen angemessen ausgestattet sein, um den Anforderungen einer modernen Welt gerecht werden zu können. Hierzu zählt unter anderem Medienkompetenz, Zugang zu guter Hard und Software aber auch kulturelle Bildung. Begegnungen zwischen unterschiedlichen Kulturen kann hier als Zugang in die Welt und zu sich selbst verstanden werden, der ein Lernen ermöglicht.

- Welche Maßnahmen sollte der Bund ergreifen um Medienkompetenz und gute digitale Ausstattung für Jugendliche auch außerhalb der Schulen zu ermöglichen und was genau verstehen Sie hierunter?

Werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir müssen sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß werden!

Wir stärken die **digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe** von Eltern, Bildungseinrichtungen und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern.

Digitale Kompetenz darf aber nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales Endgerät, wenn sie dieses benötigen.

Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen Riegel vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden sicheren Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren Informations- und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder und Jugendmedienschutz soll in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Hier geht es auch über die Stärkung der Selbstbestimmung: Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder schützen.

Angebote wie das Darmstädter Haus der digitalen Medienbildung sollten in allen Städten unterstützt werden, denn dort geht es insbesondere um Medienpädagogik und Medienkompetenz mit dem Ziel, alle Darmstädter Schüler*innen und ihre erwachsenen Begleitpersonen zu erreichen. Hier werden kontinuierlich Projekte angeboten und ausgebaut.